Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

# PROTOKOLL

**zur ersten außerordentlichen Sitzung im Wintersemester 2023/2024**
Dornbirn, 11.01.2024

**Sitzungsort:**
U306, Fachhochschule Vorarlberg

**Sitzungsbeginn:**
18:16 Uhr

**Sitzungsende:**
19:53 Uhr

| | Funktion | Rederecht | Stimmrecht |
|---|---|---|---|
| MAIERHOFER Andrea | Vorsitz | X | X |
| RUMPELNIG Michael | Vorsitz, Protokoll | X | X |
| ARSLAN Alp | Vorsitz, Protokoll | X | X |
| BAMPI Belinda | Mandat, Öffentlichkeitsreferat | X | X |
| ESSIG Adrian | Mandat, Studienvertretung | X | X |
| ĆELEŠ Ajdin | Mandat, Sportreferat | X | X |
| AHMADI Nasher | Mandat, Wirtschaftsreferat | X | X |
| GASSER Corina | Stimmübertragung, stv. Wirtschaftsreferat | X | X |
| BELLER Stefan | Kulturreferat | (X) | |
| AYYILDIZ Onur Can | Studienvertretung | (X) | |
| GERI Stefanie | Studienvertretung | (X) | |
| GUTBRUNNER Yvonne | Studienvertretung | (X) | |
| KÖNIG Manuel | Studienvertretung | (X) | |
| LIST Katharina | Studienvertretung | (X) | |
| MARINKOVIC Dragan | Studienvertretung | (X) | |
| SOHM Manuel | Studienvertretung | (X) | |
| CUKIC Laura | Sachbearbeitung | | |
| GRIEßER Julian | Sachbearbeitung | | |
| KARAPANDZIC Stasa | Sachbearbeitung | | |
| LAINEZ Marianna | Sachbearbeitung | | |
| MARDONES Fernanda | Sachbearbeitung | | |
| METZLER Karin | Sachbearbeitung | | |
| PLAKU Braian | Sachbearbeitung | | |
| SIMAKOVA Viktoriia | Sachbearbeitung | | |

(X) beratendes Rederecht nur im eigenen Wirkungsbereich der entsprechenden Funktion

**Abwesend:**
ARSLAN Alp, Anwesend ab 18:34 Uhr
BUCHER Lukas, Stimmübertragung an GASSER Corina
BROS Manfred, Stimmübertragung an ROSSI Virginia
ROSSI Virginia

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

# Einladung zur 1. außerordentlichen Sitzung der HV FHV im WiSe am 11.01.24 um 18:00 Uhr

**Ort: U306**

## Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Prüfbericht
4. Wahl Referent:innen
    a) Bildungspolitik
    b) Kultur
    c) Öffentlichkeitsarbeit
    d) Queer
    e) Sozialpolitik
    f) Sport
    g) Wirtschaft
    h) Stellvertretung Wirtschaft
5. Wahl Kollegium
6. Etwaige Anträge
7. Allfälliges
    a) Semesterparty
    b) ÖH-Nachfolge
    c) Mithilfe bei Events der ÖH

Aus organisatorischen Gründen bitten wir externe Gäste bei Teilnahmewunsch um rechtzeitige Anmeldung unter oeh-vorsitz@fhv.at

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

**Top 1) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit**

Die Einladung zur Sitzung erfolgte zeitgerecht an die Mitglieder der Hochschulvertretung und die Studierenden mittels Veröffentlichung auf der Website und per E-Mail.

Die Beschlussfähigkeit ist durch die anwesenden Mandatar:innen (7) gegeben.

**Top 2) Genehmigung der Tagesordnung**

Tagesordnung entsprechend *Anlage A*.

MAIERHOFER stellt den Antrag, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung *(Anlage A)* genehmigt wird.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

**Top 3) Prüfbericht**

MAIERHOFER erläutert, dass der Prüfbericht *(Anlage B)* vorliegt und beschlossen werden muss. Der Prüfbericht wurde an die Mandatar:innen übermittelt und auf der Homepage wurden Termine zur öffentlichen Einsicht veröffentlicht.
AHMADI stellt den Prüfbericht vor.

MAIERHOFER stellt den Antrag, dass der Prüfbericht *(Anlage B)* genehmigt wird.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Der Prüfbericht wurde einstimmig angenommen.

**Top 4) Wahl der Referent:innen**

MAIERHOFER erläutert, dass lt. Gesetz alle Referent:innen aufgrund der neuen Wahlperiode neu gewählt werden müssen. Bis heute wurden alle Referent:innen interimistisch für je maximal 3 Monate am Stück eingesetzt.

**a) Bildungspolitik**
MAIERHOFER stellt den Antrag, RÖCK Fabian als Referent im Bildungspolitikreferat einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

RÖCK Fabian wurde einstimmig gewählt.

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

**b) Kulturreferat**
MAIERHOFER stellt den Antrag, BELLER Stefan als Referent im Kulturreferat einzusetzen.

Dafür: 6
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

BELLER Stefan wurde mehrheitlich gewählt.

**c) Öffentlichkeitsarbeit**
MAIERHOFER stellt den Antrag, BAMPI Belinda als Referentin im Referat für Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

BAMPI Belinda wurde einstimmig gewählt.

**d) Queerreferat**
MAIERHOFER stellt den Antrag, BROS Manfred als Referent im Queerreferat einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

BROS Manfred wurde einstimmig gewählt.

**e) Sozialpolitik**
MAIERHOFER stellt den Antrag, ÖZTÜRK Melek als Referentin im Sozialpolitikreferat einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

ÖZTÜRK Melek wurde einstimmig gewählt.

**f) Sportreferat**
MAIERHOFER stellt den Antrag, CELES Ajdin als Referent im Sportreferat einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

CELES Ajdin wurde einstimmig gewählt.

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

**g) Wirtschaftsreferat**
MAIERHOFER stellt den Antrag, AHMADI Nasher als Wirtschaftsreferent einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

AHMADI Nasher wurde einstimmig gewählt.

**h) Stellvertretung Wirtschaftsreferat**
MAIERHOFER stellt den Antrag, GASSER Corina als stellvertretende Wirtschaftsreferentin einzusetzen.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

GASSER Corina wurde einstimmig gewählt.

**Top 5) Wahl Kollegium**
MAIERHOFER stellt den Antrag, MAIERHOFER Andrea, BAMPI Belinda, RÖCK Fabian und RONACHER Florian ins FH-Kollegium zu entsenden.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Dem Personenvorschlag zur Entsendung in das FH-Kollegium wurde einstimmig zugestimmt.

**Top 6) Etwaige Anträge**
Keine Anträge eingegangen.

**Top 7) Allfälliges**
**a) Semesterparty**
BELLER erläutert, dass dieses Jahr wieder eine Semesterparty veranstaltet werden soll.
Da er selbst bei der letztjährigen Semesterparty im Otten Gravur in Hohenems nicht anwesend war, sollen anwesende Personen eine Einschätzung abgeben. Anwesende Personen haben die Semesterparty für sehr gut befunden. Die Party kostete inkl. Preisausgleich der Getränke gesamt ca. 25.000,00€. Durch die Inflation belaufen sich die Kosten des aktuellen Angebots auf 25.000,00€ ohne Getränkeausgleich.
MAIERHOFER merkt an, dass wir ein Gesamtjahresbudget in Höhe von ca. 90.000,00€ zur Verfügung haben. Theoretisch besteht die Möglichkeit, Rücklagen aufzulösen. Die Kosten der Party betragen allerdings knapp ein Drittel des Jahresbudgets.
AHMADI merkt an, dass eine solche Summe wirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden kann, ist und die letzte Party eine Ausnahme nach Corona war.

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

Es soll laut BELLER nach einer Lokalität gesucht werden, die preislich billiger sein soll.
ESSIG erkundigt sich, ob eine genaue Kostenauflistung vorliegt.
BELLER erläutert, dass er gerade keine Kostenauflistung zur Hand habe, ein großer Teil der letztjährigen Kosten allerdings auf Agenturleistungen seitens des Veranstalters zurückzuführen ist.
ESSIG erkundigt sich, ob es möglich ist, nur eine Lokalität zu mieten und den Rest selbst zu organisieren.
BELLER erläutert, dass es viele Lokalitäten gibt, die an ein Catering gebunden sind und es dementsprechend nicht möglich ist, selbst alles auszuschenken. Weiters ist die Hilfsbereitschaft, bei solchen Veranstaltungen nicht besonders groß, weswegen es vermutlich nicht möglich sein wird, dass etwaige anfallende Aufgaben von ÖH-Mitgliedern selbst übernommen werden können.

18:34 ARSLAN betritt den Raum verspätet.

BELLER erläutert, dass das Ziel dieser Diskussion ist, herauszufinden, was für ein Event und in welchem Rahmen dieses veranstaltet werden soll.
Als mögliche Lokalität wurden das alte Hallenbad in Feldkirch oder der Fischbach-Club in Dornbirn vorgeschlagen.

Es kommt die Diskussion auf, ob die Semesterparty exklusiv für Studierende veranstaltet werden soll oder ob auch externe Personen teilnehmen können. Weiters wird diskutiert, ob statt der Mietung einer Lokalität und einer Veranstaltung doch nur eine Kooperation mit einem Event in Vorarlberg stattfinden soll.
Alle anwesenden Personen wurden gebeten, beim Thema “Eigenveranstaltung oder Kooperation” per Handzeichen abzustimmen:

- ÖH-Veranstaltung exklusiv für Studierende mit Begleitung: 18 Stimmen
- Kooperation mit einem Club: 2 Stimmen

MAIERHOFER möchte einen allgemeinen Überblick, wo die Preisgrenze für die meisten Personen liegen würde.
Veranstaltungsort mit Lokalität, Personal für Eintritt, Garderobe, Catering, Security, DJ usw. (Komplettpaket):

- 5.000 €: 0 Stimmen
- 10.000 €: 0 Stimmen
- 15.000 €: 5 Stimmen
- 20.000 €: 16 Stimmen
- 25.000 €: 1 Stimme
- 30.000 € oder mehr: 0 Stimmen

Weiters soll abgestimmt werden, wie die Preise von Getränken gestaltet werden sollen:
Alkoholfrei:

- unter 3 €: 19 Stimmen
- 3 € oder mehr: 0 Stimmen

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

Getränke ab 16:

- unter 3 €: 9 Stimmen
- 3 € bis 5 €: 8 Stimmen
- 5+ €: 1 Stimme

Getränke ab 18:

- 3 bis 5 €: 7 Stimmen
- 5 bis 7 €: 10 Stimmen
- 7+ €: 0 Stimmen

Die restlichen Personen haben sich bei der jeweiligen Abstimmung enthalten.

**b) ÖH-Nachfolge**
MAIERHOFER erläutert, dass Ende SoSe24 viele ÖH-Teammitglieder, unter anderem viele Referent:innen, das gesamte Vorsitzteam und die Mehrheit der Fraktionsliste, das Studium beenden werden und somit die ÖH verlassen.
MAIERHOFER erläutert, dass es Positionen gibt, die rechtlich zwingend besetzt sein müssen. AHMADI wird voraussichtlich den Master beginnen und dementsprechend auch weiterhin Wirtschaftsreferent sein.
MAIERHOFER betont erneut, dass das gesamte Vorsitzteam die ÖH verlassen wird und bittet die Anwesenden, sich frühzeitig bei ihr zu melden, sollte sich jemand für diese Position interessieren. Die Position soll mit internen Personen besetzt werden. Jeder:Jedem soll die Möglichkeit gegeben werden, sich melden zu können.
MAIERHOFER betont jedoch, dass Personen nachrücken sollten, die die Arbeit gerne übernehmen möchten.

**c) Mithilfe bei Events der ÖH**
ARSLAN erläutert, dass es bei den meisten Veranstaltungen immer dieselben Personen sind, die mithelfen.
Es wird diskutiert, wie dieses Problem gelöst werden könnte. Es wird eine Strichliste vorgeschlagen, wobei die Mehrheit der anwesenden Personen der Meinung waren, dass eine solche Strichliste vermutlich nicht sehr hilfreich sein wird.

19:22 MAIERHOFER verlässt den Raum.

LIST merkt an, dass es nicht die Aufgabe der Organisierenden ist, immer auf alle Personen zuzugehen - es sollte aus eigenem Antrieb geschehen, da jede Person freiwillig bei der ÖH ist.
ESSIG erläutert, dass Teamevents, die von den ÖH-Mitgliedern besucht werden, zum Vernetzen genutzt werden können und dass dies helfen könnte.

19:23 MAIERHOFER betritt den Raum.

GASSER schlägt vor, dass Referent:innen auf die jeweiligen Sachbearbeiter:innen zugehen sollen und diese darauf hinweisen, dass ein Event eines anderen Referats stattfindet, wobei noch Hilfe benötigt wird. Weiters sollen auch die Studiegangsvertreter:innen auf die jeweilige Studienvertretungen zugehen.
LIST merkt erneut an, dass für die ÖH-Funktion ECTS ausgegeben werden und dass sich alle dessen bewusst werden sollten.

FH VORARLBERG

Hochschüler:innenschaft der
Fachhochschule Vorarlberg, KöR
CAMPUS V, Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

T +43 5572 792 9204
oeh@fhv.at
www.oeh-fhv.at

CELES appelliert an die Hilfsbereitschaft der anwesenden Personen, dass sie aus eigenem Antrieb von nun an bei den Events mithelfen mögen. Er fügt hinzu, dass der Aufwand überschaubar ist und es eine Möglichkeit ist, die ÖH besser zu repräsentieren.

19:42 MAIERHOFER verlässt den Raum.
19:43 BAMPI verlässt den Raum.

ARSLAN schlägt eine Liste mit Timeslots für Helfende vor.
Es wird angefügt, dass eine zu genaue Einteilung eher Probleme verursachen könnte, anstatt zu helfen das Problem zu lösen.

19:46 MAIERHOFER und BAMPI betreten den Raum.

Leider gab es keine Einigung.

MAIERHOFER schließt die Sitzung um 19:53 Uhr.

**Anlage A** **Einladung und Tagesordnung, Seite 2**
**Anlage B** **Prüfbericht, ab Seite 9**

# Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der FH Vorarlberg

## Dornbirn

## Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses

## zum 30. Juni 2023

BGR Wirtschaftsprüfung GmbH
FN 185459l LG Feldkirch
ATU 57594179 / DVR 0570818
WT Code 802355

Partner:
Mag. Günter Bröll, WP und StB
Dr. Gernot Gasser, WP und StB
Dr. Helmut Riedmann, WP und StB

Färbergasse 15, A-6850 Dornbirn, Tel. +43 (0) 5572 25111-0 / Fax -4
email office@bgr-wirtschaftspruefer.at
website www.bgr-wirtschaftspruefer.at
Datenschutzerklärung www.bgr-wirtschaftspruefer.at/datenschutz

## Inhaltsverzeichnis


1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung ..... 1

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses ..... 3

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses ..... 4

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss ..... 4

3.2. Auskünfte zu § 20 Abs 2 HS-WV ..... 4

3.3. Erteilte Auskünfte ..... 4

3.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht) sowie § 20 Abs 3 HS-WV ..... 5

4. Bestätigungsvermerk ..... 6


**Beilagenverzeichnis:** **Beilage**


Jahresabschluss zum 30. Juni 2023

Bilanz zum 30. Juni 2023 ..... I

Gebarungserfolgsrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 ..... II

Anhang ..... III

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe ..... IV

An den Vorsitz sowie das Wirtschaftsreferat der
Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft der FH Vorarlberg
Dornbirn

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30. Juni 2023 der

**Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft der FH Vorarlberg,**
**Dornbirn,**

(im Folgenden auch kurz "Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

## 1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft, vertreten durch die Vorsitzende und durch die Referentin für wirtschaftliche Angelegenheiten, schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Jahresabschluss zum 30. Juni 2023 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Bei der geprüften Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft handelt es sich laut § 3 Abs 1 Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014 (HSG) um eine **Körperschaft öffentlichen Rechts**.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung** gemäß § 40 Abs 3 HSG 2014 in Zusammenhang mit den Bestimmungen des UGB.

Diese **Prüfung erstreckte sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und ergänzenden Bestimmungen des HSG sowie die aktuelle Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswirtschaftsverordnung (HS-WV) beachtet wurden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und

die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von 30.11.2023 bis 20.12.2023 überwiegend in unseren Kanzleiräumlichkeiten in Dornbirn durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist **Dr. Helmut Riedmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, verantwortlich**. Als Revisionsassistentin bzw. Prüferin fungierte Mag. Denise Yantaz.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "**Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe**" (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

## 2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses bzw. in den Erläuterungen zum Jahresabschluss enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Fachhochschulvertretung (Beilage I bis III).

## 3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

### 3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der einschlägigen Verordnungen und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungs- prozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

### 3.2. Auskünfte zu § 20 Abs 2 HS-WV

Der Jahresabschluss entspricht dem HSG 2014, den darauf basierenden Verordnungen des Bundesministers, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und den Bestimmungen des § 269 Abs 1 UGB und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft. Die Haushaltsführung entspricht den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie der Rechtmäßigkeit. Es bestehen im Berichtsjahr keine Dienstverhältnisse.

### 3.3. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

### 3.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht) sowie § 20 Abs 3 HS-WV

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter oder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegen Gesetze, Verordnungen oder die Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

## 4. Bestätigungsvermerk

### Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den Jahresabschluss der

**Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft der FH Vorarlberg,**

**Dornbirn,**

bestehend aus der Bilanz zum 30. Juni 2023, der Gebarungserfolgsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 30. Juni 2023 sowie der Ertragslage der Hochschülerinnen und Hochschülerschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen.

### Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

**Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachver-halte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

**Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrüberisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft abzugeben.

- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.

- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres

Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Dornbirn, am 20.12.2023

**BGR Wirtschaftsprüfung GmbH**

Dr. Helmut Riedmann
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

**2022/2023**

## HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

# JAHRES-ABSCHLUSS

BWD Steuerberatung GmbH & Co KG

6850 Dornbirn, Josef-Ganahl-Straße 16
Tel +43 (5572) 23823 / Fax -10
kanzlei@bwd.at
www.bwd.at

# Inhaltsverzeichnis


1. Erstellungsbericht ..... 1

2. Rechtliche Grundlagen ..... 2

3. Steuerliche Grundlagen ..... 3

4. Bilanz zum 30. Juni 2023 ..... 4

5. Gebarungserfolgsrechnung ..... 5 - 6

6. Bilanz zum 30. Juni 2023 ..... 7 - 8

7. Gebarungserfolgsrechnung ..... 9 - 11

8. Erläuterungen zu Bilanz und Gebarungserfolgsrechnung ..... 12 - 14

9. Anlagenspiegel ..... 15

10. Zugänge ..... 16

11. Abgänge ..... 17

12. Anlagenverzeichnis ..... 18 - 19

13. Vorschauliste Abschreibungen ..... 20

14. Anhang ..... 21 - 26

14.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ..... 21 - 22

14.1.1. Allgemeine Grundsätze ..... 21

14.1.2. Anlagevermögen ..... 21

14.1.2.1. Sachanlagen ..... 21

14.1.3. Umlaufvermögen ..... 21

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ..... 21

14.1.4. Rückstellungen ..... 22

14.1.4.1. Sonstige Rückstellungen ..... 22

14.1.5. Verbindlichkeiten ..... 22

14.2. Erläuterungen der Bilanz und der Gebarungserfolgsrechnung ..... 22 - 25

14.2.1. Allgemeine Angaben ..... 22

14.2.1.1. Gliederungsvorschriften des Jahresabschlusses ..... 22

14.2.2. Erläuterungen zur Bilanz ..... 22

14.2.2.1. Anlagevermögen ..... 22

14.2.3. Erläuterungen zur Gebarungserfolgsrechung ..... 22 - 25

14.2.3.1. Zusammensetzung der Studierendenbeiträge: ..... 23
14.2.3.2. Reinigungsmaterial: ..... 23
14.2.3.3. Betriebskosten: ..... 23 - 25
14.2.3.4. Zusammensetzung Erträge aus Veranstaltungen: ..... 25
14.3. Sonstige Angaben ..... 26
14.3.1. Organe und Arbeitnehmer der Gesellschaft ..... 26

15. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) ..... 27 - 31

## 1. Erstellungsbericht

Bericht über die

Erstellung des Jahresabschlusses
zum 30. Juni 2023
der
HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg, Dornbirn.

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss der HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg zum 30. Juni 2023 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die von uns durchgeführten Tätigkeiten (zB die gesamte Buchhaltung, Lohn- und Gehaltsbuchführung, Anlagenverzeichnis) und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht auf Ordnungsmäßigkeit oder Plausibilität geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach UGB und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in Ihrer Verantwortung.

Wir haben weder eine Abschlussprüfung noch eine prüferische Durchsicht des Abschlusses noch eine sonstige Prüfung oder vereinbarte Untersuchungshandlungen vorgenommen und geben demzufolge keine Zusicherung (Bestätigung) zum Abschluss.

Sie sind sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte verantwortlich, auch gegenüber den Nutzern des von uns erstellten Abschlusses. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die auf unser Verlangen von Ihnen unterschriebene Vollständigkeitserklärung.

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens KFS/RL 26 „Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen" durchgeführt. Für den Erstellungsauftrag gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) in der Fassung vom 18.04.2018.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf nur unter Beigabe des Erstellungsberichts erfolgen.

Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten die in Punkt 7. der AAB für Wirtschaftstreuhandberufe der KSW enthaltenen Ausführungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

## 2. Rechtliche Grundlagen

| | |
|---|---|
| Auftraggeber: | HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg |
| Sitz: | Dornbirn |
| Adresse: | 6850 Dornbirn, Hochschulstraße 1 |
| Rechtsform: | Körperschaft öffentlichen Rechts |
| Geschäftsjahr: | 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 |

## 3. Steuerliche Grundlagen

| | |
|---|---|
| Finanzamt: | Finanzamt Österreich Dienststelle Vorarlberg |
| Steuernummer: | 98 217/6752 |
| Steuerliche Vertretung: | BWD Steuerberatung GmbH & Co KG<br>6850 Dornbirn, Josef-Ganahl-Straße 16<br>WT805296 |
| Gewinnermittlung: | doppelte Buchführung gem. § 17 Abs 1 HS-WV iVm §§ 189 ff UGB |
| Unternehmensgegenstände: | Studentenvertretung |

| Aktiva | 30.06.2023 EUR | 30.06.2022 EUR |
|---|---|---|
| **A. Anlagevermögen** | | |
| I. Sachanlagen | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | **4.596,31** | **1.728,99** |
| **B. Umlaufvermögen** | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | |
| 1. Forderungen gegenüber Bundesvertretung | 9.582,02 | 14.500,13 |
| 2. Sonstige Forderungen | 205,66 | 376,32 |
| | 9.787,68 | 14.876,45 |
| II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 272.027,75 | 305.446,62 |
| | **281.815,43** | **320.323,07** |
| **C. Rechnungsabgrenzungsposten** | **0,00** | **2.040,00** |
| **Summe Aktiva** | **286.411,74** | **324.092,06** |

| Passiva | 30.06.2023 EUR | 30.06.2022 EUR |
|---|---|---|
| **A. Eigenkapital** | | |
| I. Kumulierter Gebarungszugang aus Vorperioden | 291.793,96 | 263.493,20 |
| II. Gebarungszugang der laufenden Periode | -39.051,25 | 28.300,76 |
| | **252.742,71** | **291.793,96** |
| **B. Rückstellungen** | | |
| 1. sonstige Rückstellungen | **10.600,00** | **12.166,00** |
| **C. Verbindlichkeiten** | | |
| 1. sonstige Verbindlichkeiten | **23.069,03** | **20.132,10** |
| **Summe Passiva** | **286.411,74** | **324.092,06** |

| | Gebarungserfolgsrechnung | 2022/2023 EUR | 2021/2022 EUR |
|---|---|---|---|
| 1. | **Studierendenbeiträge** | **98.198,54** | **97.914,86** |
| 2. | **Beiträge gem. §§ 7 Abs. 2, 14 Abs. 3 oder 25 Abs 3 HSG 2014** | **0,00** | **0,00** |
| 3. | **Erträge aus Stiftungen, Spenden und Zuwendungen** | **0,00** | **0,00** |
| 4. | **Erträge aus Inseraten und Werbung** | **0,00** | **0,00** |
| 5. | **Sonstige Erträge** | **3.360,00** | **2.545,82** |
| | **Zwischensumme Erträge (Z 1 bis 5)** | **101.558,54** | **100.460,68** |
| 6. | **Personalaufwand** | | |
| | a) Gehälter | 0,00 | 0,00 |
| | b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche MV-Kassen | 0,00 | 0,00 |
| | c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 0,00 | 0,00 |
| | d) sonstige Sozialaufwendungen | 2.441,70 | 2.172,40 |
| | | **2.441,70** | **2.172,40** |
| 7. | **Aufwandsentschädigungen** | **0,00** | **0,00** |
| 8. | **Werkverträge und Honorare** | **0,00** | **0,00** |
| 9. | **Sachaufwendungen** | **35.331,58** | **23.115,77** |
| 10. | **Abschreibungen** | | |
| | a) auf Sachanlagen | **3.701,75** | **3.420,87** |
| | **Ergebnis der unmittelbaren Vertretungstätigkeit (Z 1 bis 10)** | **60.083,51** | **71.751,64** |
| 11. | **Erträge aus Veranstaltungen** | **4.139,70** | **1.789,76** |
| 12. | **Aufwendungen aus Veranstaltungen** | **103.360,47** | **45.240,64** |
| | **Ergebnis aus Veranstaltungen (Z 11 bis 12)** | **-99.220,77** | **-43.450,88** |
| 13. | **Erträge aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen** | **0,00** | **0,00** |
| 14. | **Aufwendungen aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen** | **0,00** | **0,00** |
| | **Ergebnis aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen (Z 13 bis 14)** | **0,00** | **0,00** |
| 15. | **Finanzerträge** | **114,68** | **0,00** |

| Gebarungserfolgsrechnung | 2022/2023 EUR | 2021/2022 EUR |
|---|---|---|
| **16. Finanzaufwendungen** | **0,00** | **0,00** |
| **Finanzergebnis (Z 15 bis 16)** | **114,68** | **0,00** |
| **17. Steuern und Abgaben** | **28,67** | **0,00** |
| **18. Ergebnis der laufenden Gebarung (Z 1 bis 17)** | **-39.051,25** | **28.300,76** |
| **19. abzüglich Zuweisung zu Rücklagen** | **0,00** | **0,00** |
| **20. zuzüglich Auflösung von Rücklagen** | **0,00** | **0,00** |
| **21. Gebarungsüberschuss/-fehlbetrag** | **-39.051,25** | **28.300,76** |

| Aktiva | 30.06.2023 EUR | 30.06.2022 EUR |
|---|---|---|
| **A. Anlagevermögen** | | |
| I. Sachanlagen | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | | |
| 600 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 4.596,31 | 1.728,99 |
| 680 geringwertige Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 |
| | **4.596,31** | **1.728,99** |
| **B. Umlaufvermögen** | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | |
| 1. Forderungen gegenüber Bundesvertretung | | |
| 2300 Forderungen gegenüber Bundesvertretung | 9.582,02 | 14.500,13 |
| 2. Sonstige Forderungen | | |
| 2305 Sonstige Forderungen | 205,66 | 376,32 |
| | 9.787,68 | 14.876,45 |
| II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | | |
| 2700 Kassenbestand in Euro | 665,64 | 1.148,13 |
| 2800 Sparkasse AT44 2060 2000 0042 8664 | 71.342,19 | 104.298,49 |
| 2810 Sparkasse AT30 2060 2000 4405 8352 Sparkonto | 200.019,92 | 200.000,00 |
| | 272.027,75 | 305.446,62 |
| | **281.815,43** | **320.323,07** |
| **C. Rechnungsabgrenzungsposten** | | |
| 2900 aktive Rechnungsabgrenzungsposten | **0,00** | **2.040,00** |
| **Summe Aktiva** | **286.411,74** | **324.092,06** |

| Passiva | 30.06.2023 EUR | 30.06.2022 EUR |
|---|---|---|
| **A. Eigenkapital** | | |
| I. Kumulierter Gebarungszugang aus Vorperioden | | |
| 9240 Stand 01.01. | 291.793,96 | 263.493,20 |
| II. Gebarungszugang der laufenden Periode | | |
| 9370 Ergebnis der laufenden Gebarung | -39.051,25 | 28.300,76 |
| | **252.742,71** | **291.793,96** |
| **B. Rückstellungen** | | |
| 1. sonstige Rückstellungen | | |
| 3050 Rückstellungen für Beratungskosten | 5.000,00 | 7.000,00 |
| 3051 Rückstellungen für Wirtschaftsprüfer Honorar | 5.600,00 | 5.166,00 |
| | **10.600,00** | **12.166,00** |
| **C. Verbindlichkeiten** | | |
| 1. sonstige Verbindlichkeiten | | |
| 3700 übrige sonstige Verbindlichkeiten | **23.069,03** | **20.132,10** |
| **Summe Passiva** | **286.411,74** | **324.092,06** |

| Gebarungserfolgsrechnung | 2022/2023 EUR | 2021/2022 EUR |
|---|---|---|
| **1. Studierendenbeiträge** | | |
| 4830 Studierendenbeiträge 0 % | **98.198,54** | **97.914,86** |
| **2. Beiträge gem. §§ 7 Abs. 2, 14 Abs. 3 oder 25 Abs 3 HSG 2014** | **0,00** | **0,00** |
| **3. Erträge aus Stiftungen, Spenden und Zuwendungen** | **0,00** | **0,00** |
| **4. Erträge aus Inseraten und Werbung** | **0,00** | **0,00** |
| **5. Sonstige Erträge** | | |
| 4831 sonstige betriebliche Erträge (nicht steuerbar) | **3.360,00** | **2.545,82** |
| **Zwischensumme Erträge (Z 1 bis 5)** | **101.558,54** | **100.460,68** |
| **6. Personalaufwand** | | |
| a) Gehälter | 0,00 | 0,00 |
| b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche MV-Kassen | 0,00 | 0,00 |
| c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 0,00 | 0,00 |
| d) sonstige Sozialaufwendungen | | |
| 6700 Freiwilliger Sozialaufwand | 2.441,70 | 2.172,40 |
| | **2.441,70** | **2.172,40** |
| **7. Aufwandsentschädigungen** | **0,00** | **0,00** |
| **8. Werkverträge und Honorare** | **0,00** | **0,00** |
| **9. Sachaufwendungen** | | |
| Aufwand für Instandhaltung, Betriebskosten | | |
| 7215 Reinigungsmaterial | 58,93 | 1.161,43 |
| 7550 Verbrauchsmaterial / Verwaltungsaufwand | 1.700,42 | 1.442,14 |
| | 1.759,35 | 2.603,57 |
| Reise- und Fahrtaufwand | | |
| 7340 Reisespesen | 250,00 | 258,97 |
| 7343 Reisespesen - Hotel | 350,00 | 252,00 |
| 7344 Verpflegung MA ÖH | 648,19 | 1.741,52 |
| 7345 Reisespesen - öffentliche Verkehrsmittel | 0,00 | 181,00 |
| 7355 Reisespesen - Kilometergelder | 73,59 | 0,00 |
| | 1.321,78 | 2.433,49 |
| Aufwand für Büromaterial | | |
| 7600 Büromaterial und Drucksorten | 656,92 | 1.338,60 |
| Nachrichtenaufwand | | |
| 7390 Postgebühren | 13,50 | 188,85 |

| Gebarungserfolgsrechnung | 2022/2023 EUR | 2021/2022 EUR |
|---|---|---|
| Aufwand für Werbung | | |
| 7650 Werbung | 8.160,40 | 275,00 |
| 7675 Homepage | 1.954,89 | 394,59 |
| | 10.115,29 | 669,59 |
| Buchführung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung | | |
| 7750 Rechts- und Beratungsaufwand | 4.722,50 | 1.400,00 |
| 7753 Buchführung | 2.704,00 | 1.000,00 |
| 7754 Jahresabschluss & Steuererklärungen | 3.096,00 | 2.500,00 |
| 7757 Wirtschaftsprüfung | 5.960,00 | 5.166,00 |
| | 16.482,50 | 10.066,00 |
| Spesen des Geldverkehrs | | |
| 7790 Spesen des Geldverkehrs | 305,24 | 243,22 |
| diverse betriebliche Aufwendungen | | |
| 7889 Zuschüsse an Studierende | 4.677,00 | 5.572,45 |
| | **35.331,58** | **23.115,77** |
| **10. Abschreibungen** | | |
| a) auf Sachanlagen | | |
| 7020 Abschreibungen auf Sachanlagen | 682,98 | 425,15 |
| 7021 Sofortabschreibungen auf geringwertige Sachanlagen | 3.018,77 | 2.995,72 |
| | **3.701,75** | **3.420,87** |
| **Ergebnis der unmittelbaren Vertretungstätigkeit (Z 1 bis 10)** | **60.083,51** | **71.751,64** |
| **11. Erträge aus Veranstaltungen** | | |
| 4200 Erlöse Feste und Veranstaltungen | **4.139,70** | **1.789,76** |
| **12. Aufwendungen aus Veranstaltungen** | | |
| 5645 Verpflegung Feste und Veranstaltungen | 58.930,99 | 28.319,08 |
| 7663 Veranstaltungen & Feste Aufwände für Studenten | 44.429,48 | 16.921,56 |
| | **103.360,47** | **45.240,64** |
| **Ergebnis aus Veranstaltungen (Z 11 bis 12)** | **-99.220,77** | **-43.450,88** |
| **13. Erträge aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen** | **0,00** | **0,00** |
| **14. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen** | **0,00** | **0,00** |
| **Ergebnis aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen (Z 13 bis 14)** | **0,00** | **0,00** |
| **15. Finanzerträge** | | |
| 8100 Zinserträge aus Bankguthaben | **114,68** | **0,00** |
| **16. Finanzaufwendungen** | **0,00** | **0,00** |
| **Finanzergebnis (Z 15 bis 16)** | **114,68** | **0,00** |

| Gebarungserfolgsrechnung | 2022/2023 EUR | 2021/2022 EUR |
|---|---|---|
| **17. Steuern und Abgaben** | | |
| 8540 Kapitalertragsteuer | **28,67** | **0,00** |
| **18. Ergebnis der laufenden Gebarung (Z 1 bis 17)** | **-39.051,25** | **28.300,76** |
| **19. abzüglich Zuweisung zu Rücklagen** | **0,00** | **0,00** |
| **20. zuzüglich Auflösung von Rücklagen** | **0,00** | **0,00** |
| **21. Gebarungsüberschuss/-fehlbetrag** | **-39.051,25** | **28.300,76** |

## 8. Erläuterungen zu Bilanz und Gebarungserfolgsrechnung

### Aktiva

#### 2. Sonstige Forderungen

Zusammensetzung:

| | 30.06.2023 EUR | 30.06.2022 EUR |
|---|---|---|
| Abgrenzung 3. Rate Studierendenbeitrag | 9 582,02 | 14 500,13 |

Zusammensetzung:

| | 30.06.2023 EUR | 30.06.2022 EUR |
|---|---|---|
| Crossculture night | 0,00 | 18,00 |
| Abgrenzung Guthaben Iloweb | 0,00 | 297,13 |
| Abgrenzung Guthaben WIFI | 61,19 | 61,19 |
| Onlineprinters - GS Plakate | 144,47 | 0,00 |
| | 205,66 | 376,32 |

## Passiva

### C. Verbindlichkeiten

### 1. sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung:

| | 30.06.2023 EUR |
|---|---|
| Eurospar Getränke, Snacks | 438,04 |
| Tedi, Geschirr | 27,20 |
| Hornbach | 68,38 |
| Pagro, Geschirr | 24,93 |
| Mangold, Essen | 27,20 |
| WIFI WKO - Kurs ÖSD Zertifikat B2 - Saurabh Madan | 40,38 |
| Post | 5,50 |
| Ländle Gastronomie - Sponsoring Essen 479 Stk. | 1 197,50 |
| Projekt "HeimatSichtbar" | 186,62 |
| Spar, Getränke Werkstättenpräsentation | 86,31 |
| Haus Maria Theresia Kloster, Übernachtung mit Frühstück | 200,00 |
| Armin&Monika Fuchs f. Übernachtung v. 28.06-29.06.2023 | 150,00 |
| Ländle Taxi | 250,00 |
| Metro Snacks und Getränke, Sommerfest | 402,66 |
| Katzasprung - Sommerfest 2023 Band | 2 200,00 |
| Früchte & mehr | 792,00 |
| Billa Getränke, Grillfest | 150,00 |
| Herberts Dorfmetzg - Kulturveranstaltung Sommerfest | 850,00 |
| Antenne Vorarlberg GmbH - Veranstaltungskalender | 3 632,40 |
| Eurospar, Vernetzungstreffen Snacks | 69,39 |
| biobinich, Vernetzungstreffen | 8,95 |
| Ländle Gastronomie - Vernetzungsessen 50 Stk. | 810,60 |
| Gasthaus am See, Reflexionstreffen | 120,00 |
| Jahrgangsvernetzungsessen | 195,00 |
| Vernetzungstreffen nach Bachelorarbeit | 367,06 |
| Bildungsveranstaltung "Zeit im Selbstmanagement" | 580,00 |
| Dr. Knecht Kleber, Rechtssache/Datenschutz | 2 722,50 |
| Sportclub ASN - Sponsorbeitrag für Biermarathon | 320,00 |
| Annika Persson M.Sc. - Yoga Training | 700,00 |
| Eurospar, Getränke und Essen, Semester Abschlusstreffen | 39,43 |
| Bildungswelten, Bewerbungsmappencheck | 760,00 |
| [redacted] - KFZ-Kosten für Fahrt während Sommerfest | 26,84 |
| Bierlokal, Vernetzungstreffen zum Semesterabschluss | 184,30 |
| Bierlokal, Refundierung der Kosten zum Vernetzungstreffen | 315,00 |
| IFS Aufenthalt Steinhütte | 130,90 |
| Hofer, Snacks und Getränke | 33,24 |
| Metro, Snaks und Getränke | 75,86 |
| Pizza Fantastico, Durchsprache Bachelorprüfung | 67,30 |
| Beachbar, Semesterabschluss | 75,00 |
| Teambuilding-Event inkl. Grillparty | 300,00 |
| Wirtschaft, Trinken, Semesterabschluss | 38,00 |
| Semester Abschlussessen mit Jahrgang Mechatronik Master | 270,00 |

| | |
|---|---|
| Vernetzung und gemeinsamer Semesterabschluss | 125,50 |
| internes Netzwerktreffen während Masterarbeit | 135,00 |
| La Scarpetta Abschlussessen | 210,00 |
| La Scarpetta Netzwerktreffen | 45,00 |
| Sutterlüty jahresübergreifende Weihnachtsfeier | 275,18 |
| Abschlussfeier Studiengang InterMedia | 375,11 |
| Antenne Vorarlberg - Restüberweisung | 14,40 |
| Abschlusstreffen auf der Hütte | 120,00 |
| Vernetzungstreffen zum Semesterabschluss | 213,55 |
| Grillabend Veranstaltung für gesamten Jahrgang | 240,00 |
| Abschiedsessen von NES 2021 | 120,00 |
| HTL-Dornbirn, Benützung der Turnhalle | 2 256,80 |
| | 23 069,03 |

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

| | Anschaffungs-/Herstellungskosten | | | | | kumulierte Abschreibungen | | | | | Buchwerte | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stand 01.07.2022 EUR | Zugänge EUR | Abgänge EUR | Umbuchungen EUR | Stand 30.06.2023 EUR | Stand 01.07.2022 EUR | Abschreibungen EUR | Zuschreibungen EUR | Abgänge EUR | Stand 30.06.2023 EUR | Stand 01.07.2022 EUR | Stand 30.06.2023 EUR |
| A. Anlagevermögen | | | | | | | | | | | | |
| I. Sachanlagen | | | | | | | | | | | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | | | | | | | | | | | | |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3.601,21 | 3.550,30 | 0,00 | 0,00 | 7.151,51 | 1.872,22 | 682,98 | 0,00 | 0,00 | 2.555,20 | 1.728,99 | 4.596,31 |
| geringwertige Vermögensgegenstände | 0,00 | 3.018,77 | 3.018,77 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.018,77 | 0,00 | 3.018,77 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | **3.601,21** | **6.569,07** | **3.018,77** | **0,00** | **7.151,51** | **1.872,22** | **3.701,75** | **0,00** | **3.018,77** | **2.555,20** | **1.728,99** | **4.596,31** |

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

| Inv-Nr | Bezeichnung | Lieferant | BS | Beleg | Anschaffung | Inbetriebnahme | ND | Abschreibungsart | | Anschaffungs-/Herstellungskosten |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **600** | **Betriebs- und Geschäftsausstattung** | | | | | | | | | |
| 6-0 | Gastro Indox Edelstahl Kühlschrank | Profishop | UB | 10 | 17.10.2022 | 17.10.2022 | 10,00 | linear | Z | 1 263,24 |
| 7-0 | Saro Getränkekühlschrank mit Werbetafel | Profishop | UB | 10 | 17.10.2022 | 17.10.2022 | 10,00 | linear | Z | 1 143,53 |
| 8-0 | Saro Getränkekühlschrank mit Werbetafel | Kühlschrank Profishop | BK | 10 | 24.10.2022 | 24.10.2022 | 10,00 | linear | Z | 1 143,53 |
| | **Summe Konto 600** | | | | | | | | | **3 550,30** |
| **680** | **geringwertige Vermögensgegenstände** | | | | | | | | | |
| 6-0 | GWG's 2022/2023 | | | | 30.06.2023 | 30.06.2023 | 1,00 | linear | Z | 3 018,77 |
| | ***Gesamtsumme*** | | | | | | | | | ***6 569,07*** |

Z = Zugang E = Erweiterung ZaU = Zugang aufgrund Umgründung

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

| Inv-Nr | Bezeichnung | Lieferant | BS | Beleg | Anschaffung | Abgang | Abgangsgrund | Erlös Buchwert Gewinn | Erlös Buchwert Verlust | BW Abgang (ohne Erlös) | Abgangsart |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **680** | **geringwertige Vermögensgegenstände** | | | | | | | | | | |
| 6-0 | GWG's 2022/2023 | | | | 30.06.2023 | 30.06.2023 | | | | | Gesamtabgang |
| | ***Gesamtsumme*** | | | | | | | | | | |

## 600 Betriebs- und Geschäftsausstattung

| Inv-Nr | Bezeichnung | Lieferant | Anschaffung<br>Inbetriebnahme<br>Abgang | ND<br>RestND | Abschreibungsart | | AHK Anfang<br>Veränderung<br>AHK Ende | Buchwert<br>Abschreibung kum.<br>01.07.2022 | | Veränderung | Buchwert<br>Abschreibung kum.<br>30.06.2023 | Bewertungsreserve<br>GFB<br>IFB<br>Zuschuss |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 2-0 | Fussballtisch Garlando Class Indoor | A.u.S. Spielgeräte GmbH | 27.04.2017<br>27.04.2017 | 5,00<br>0,00 | linear | | 972,60<br>0,00<br>972,60 | 0,07<br>972,53 | | 0,00 | 0,07<br>972,53 | 0,00 |
| 3-0 | SOUNDBOKS tragbarer Bluetooth Partylautsprecher | Amazon EU S.a.r.l. | 06.12.2018<br>06.12.2018 | 7,00<br>2,00 | linear | | 805,71<br>0,00<br>805,71 | 345,31<br>460,40 | AfA | -115,10 | 230,21<br>575,50 | 0,00 |
| 4-0 | Kühlschrank Liebherr | Liebherr-Hausgeräte Lienz GmbH | 23.05.2019<br>23.05.2019 | 10,00<br>5,50 | linear | | 600,00<br>0,00<br>600,00 | 390,00<br>210,00 | AfA | -60,00 | 330,00<br>270,00 | 0,00 |
| 5-0 | Schlafsofa | XXXLutz KG | 06.04.2021<br>06.04.2021 | 8,00<br>5,50 | linear | | 1 222,90<br>0,00<br>1 222,90 | 993,61<br>229,29 | AfA | -152,86 | 840,75<br>382,15 | 0,00 |
| 6-0 | Gastro Indox Edelstahl Kühlschrank | Profishop | 17.10.2022<br>17.10.2022 | 10,00<br>9,00 | linear | <br>Z | 0,00<br>1 263,24<br>1 263,24 | 0,00<br>0,00 | Z<br>AfA | 1 263,24<br>-126,32 | 1 136,92<br>126,32 | 0,00 |
| 7-0 | Saro Getränkekühlschrank mit Werbetafel | Profishop | 17.10.2022<br>17.10.2022 | 10,00<br>9,00 | linear | <br>Z | 0,00<br>1 143,53<br>1 143,53 | 0,00<br>0,00 | Z<br>AfA | 1 143,53<br>-114,35 | 1 029,18<br>114,35 | 0,00 |
| 8-0 | Saro Getränkekühlschrank mit Werbetafel | Kühlschrank Profishop | 24.10.2022<br>24.10.2022 | 10,00<br>9,00 | linear | <br>Z | 0,00<br>1 143,53<br>1 143,53 | 0,00<br>0,00 | Z<br>AfA | 1 143,53<br>-114,35 | 1 029,18<br>114,35 | 0,00 |
| | **Summe Konto 600** | | | | | <br>Z | **3 601,21**<br>**3 550,30**<br>**7 151,51** | **1 728,99**<br>**1 872,22** | **Z**<br>**AfA** | **3 550,30**<br>**-682,98** | **4 596,31**<br>**2 555,20** | **0,00** |

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche AfA
VZ = BR VZ AfA
G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG
T = Teilabgang
AfA = Planmäßige AfA
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag
AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige AfA
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung
BWM = Buchwertminderung
GWG = AfA GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag
VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige AfA
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung
E = Erweiterung
tw = Teilwert-AfA
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

## 680 geringwertige Vermögensgegenstände

| Inv-Nr | Bezeichnung | Lieferant | Anschaffung<br>Inbetriebnahme<br>Abgang | ND<br>RestND | Abschreibungsart | | AHK Anfang<br>Veränderung<br>AHK Ende | Buchwert<br>Abschreibung kum.<br>01.07.2022 | | Veränderung | Buchwert<br>Abschreibung kum.<br>30.06.2023 | Bewertungsreserve<br>GFB<br>IFB<br>Zuschuss |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 6-0 | GWG's 2022/2023 | | 30.06.2023<br>30.06.2023<br>30.06.2023 | 1,00<br>0,00 | linear | <br>Z<br>G | 0,00<br>3 018,77<br>-3 018,77<br>0,00 | 0,00<br>0,00 | Z<br>GWG | 3 018,77<br>-3 018,77 | 0,00<br>0,00 | 0,00 |
| | ***Gesamtsumme*** | | | | | <br>***Z***<br>***G*** | ***3 601,21***<br>***6 569,07***<br>***-3 018,77***<br>***7 151,51*** | ***1 728,99***<br>***1 872,22*** | ***Z***<br>***AfA***<br>***GWG*** | ***6 569,07***<br>***-682,98***<br>***-3 018,77*** | ***4 596,31***<br>***2 555,20*** | ***0,00*** |

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche AfA
VZ = BR VZ AfA

G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG

T = Teilabgang
AfA = Planmäßige AfA
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag

AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige AfA
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung

BWM = Buchwertminderung
GWG = AfA GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag

VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige AfA
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung

E = Erweiterung
tw = Teilwert-AfA
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

| | Konto | 2022/2023 | 2023/2024 | 2024/2025 | 2025/2026 | 2026/2027 | 2027/2028 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 600 | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 682,98 | 682,98 | 682,92 | 567,88 | 567,88 | 567,88 |
| 680 | geringwertige Vermögensgegenstände | 3 018,77 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | ***Gesamtsumme*** | ***3 701,75*** | ***682,98*** | ***682,92*** | ***567,88*** | ***567,88*** | ***567,88*** |

# 14. Anhang

## 14.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### 14.1.1. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des §17 (1) und § 18 HS-WV iVm den §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend den gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

### 14.1.2. Anlagevermögen

**Sachanlagen**

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert werden. Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

| | Nutzungsdauer in Jahren |
|---|---|
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 1,00 - 10,00 |

### 14.1.3. Umlaufvermögen

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Im Falle erkennbarer Einzelrisken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

### 14.1.4. Rückstellungen

**Sonstige Rückstellungen**

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

### 14.1.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

## 14.2. Erläuterungen der Bilanz und der Gebarungserfolgsrechnung

### 14.2.1. Allgemeine Angaben

**Gliederungsvorschriften des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss ist gemäß § 27 HS-WV gegliedert.

### 14.2.2. Erläuterungen zur Bilanz

**Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind in folgendem Anlagenspiegel dargestellt:

| | Anschaffungs-/Herstellungskosten | | Abschreibungen kumuliert | | | Buchwert |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 01.07.2022<br>30.06.2023<br>EUR | Zugänge<br>Abgänge<br>EUR | 01.07.2022<br>30.06.2023<br>EUR | Abschreibungen<br>Zuschreibungen<br>EUR | Abgänge<br>EUR | 01.07.2022<br>30.06.2023<br>EUR |
| **Anlagevermögen** | | | | | | |
| **Sachanlagen** | | | | | | |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 601,21 | 6 569,07 | 1 872,22 | 3 701,75 | 3 018,77 | 1 728,99 |
| | 7 151,51 | 3 018,77 | 2 555,20 | 0,00 | | 4 596,31 |

### 14.2.3. Erläuterungen zur Gebarungserfolgsrechung

Gemäß HS-WV sind die Posten Sachaufwendungen, Funktionsbezogene Aufteilung der gewährten Aufwandsentschädigungen und die Veranstaltungen im Anhang ergänzende aufzugliedern.

**Studierendenbeiträge**

**Zusammensetzung der Studierendenbeiträge:**

| | 2022/2023 EUR |
|---|---|
| 1. Rate ÖH Studierendenbeitragsverteilung | 42 637,42 |
| 2. Rate ÖH Studierendenbeitragsverteilung | 45 979,10 |
| 3. Rate ÖH Studierendenbeitragsverteilung | 9 582,02 |
| | 98 198,54 |

**Personalaufwand**

im Wirtschaftsjahr 2022/2023 gab es keine Ausgaben für Personal.

**Aufwandsentschädigungen**

im Wirtschaftsjahr 2022/2023 gab es keine Ausgaben für Aufwandsentschädigungen.

**Sachaufwendungen**

Die Sachaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

**Reinigungsmaterial:**

| | 2022/2023 EUR |
|---|---|
| Sonstige Aufwendungen HV | 58,93 |

**Betriebskosten:**

| | 2022/2023 EUR |
|---|---|
| Sonstige Aufwendungen HV | 1 700,42 |
| | 1 700,42 |

**Reise und Fahrtaufwand:**

| | 2022/2023 EUR |
|---|---|
| StuVe Sozailes & Gesundheit | 600,00 |
| Sonstige Aufwendungen HV | 694,94 |
| Referat für Kultur | 26,84 |
| Reisespesen | 250,00 |
| | 1 321,78 |

**Büromaterial:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Sonstige Aufwendungen HV | 656,92 |

**Porti:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Sonstige Aufwendungen HV | 13,50 |

**Werbung:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Sonstige Aufwendungen HV | 4 180,77 |
| Referat für Öffentlichkeitsarbeit | 5 395,20 |
| StuVe Informatik & Mechatronik | 539,32 |
| | 10 115,29 |

**Rechts- und Beratungsaufwand:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Sonstige Aufwendungen HV | 4 722,50 |

**Buchführung:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| WiRef | 2 704,00 |

**Jahresabschluss:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| WiRef | 3 096,00 |
| | 3 000,00 |

**Wirtschaftsprüfung:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| WiRef | 5 960,00 |

**Spesen des Geldverkehrs:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| WiRef | 75,00 |
| Sonstige Aufwendungen HV | 230,24 |
| | 305,24 |

**Zuschüsse an Studierende:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Referat für Sozialpolitik | 3 149,00 |
| Referat für Bildungspolitik | 1 528,00 |
| | 4 677,00 |

**Erträge aus Veranstaltungen**

**Zusammensetzung Erträge aus Veranstaltungen:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Sonstige Erträge | 4 139,70 |

Die Aufwendungen für Veranstaltungen setzen sich wie folgt zusammen:

**Verpflegung Feste und Veranstaltungen:**

| | 2022/2023<br>EUR |
|---|---|
| Referat für Sozialpolitik | -4 672,76 |
| Referat für Bildungspolitik | -7 427,30 |
| Referat für Kultur | -39 350,98 |
| Referat für Queer Angelegenheiten | -437,36 |
| Referat für Sport | -11 445,82 |
| Sonstige Aufwendungen HV | -23 536,79 |
| StuVe Informatik & Mechatronik | -3 680,19 |
| StuVe Technik | -3 871,23 |
| StuVe Soziales & Gesundheit | -4 820,98 |
| StuVe Gestaltung | -2 295,19 |
| StuVe Wirtschaft | -1 821,87 |
| | -103 360,47 |

## 14.3. Sonstige Angaben

### 14.3.1. Organe und Arbeitnehmer der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als vorsitzende tätig:

Andrea Maierhofer ab 06.11.2019.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer während des Geschäftsjahrs 2022/2023 beträgt 0 (Vorjahr: 0).

Die Zahl der freien Dienstnehmer während des Geschäftsjahrs 2022/2023 beträgt 0 (Vorjahr: 0).

20.12.23 Andrea Maierhofer

Datum, Unterschriften der Geschäftsführer

KSW KAMMER DER STEUERBERATER UND WIRTSCHAFTSPRÜFER

# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer", zum anderen „Auftraggeber" genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

## I.TEIL

### 1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

### 2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen. Insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nicht- prüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen") sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDASVO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, un- beschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO") hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung")

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beendigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist") zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderlicheMitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der AuftragnehmerAnspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untunlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragsnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstelle und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

## 14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

## II. TEIL

### 15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird. Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen. Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

*© Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, 1100 Wien*

KSW KAMMER DER STEUERBERATER UND WIRTSCHAFTSPRÜFER

# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

## Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer", zum anderen „Auftraggeber" genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

## I.TEIL

### 1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.
(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

### 2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben

worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risikenschlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

### 3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

### 4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen") sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

### 5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

### 6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

### 7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden

Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

## 8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO") hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

## 9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung")

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beendigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist") zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

## 10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

## 11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist, der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte

Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

## 12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untunlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragsnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

### 14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

## II. TEIL

### 15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.